

Wahlprüfsteine der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen im Land Brandenburg e.V.

1) Wie wollen Sie die Grundlagen für eine vergleichbare und faire Behandlung von Schüler*innen und Lehrkräften an Schulen in staatlichen und in freier Trägerschaft sicherstellen?

Das Land sowie das zuständige Ministerium prüfen die Voraussetzungen der Schulen in freier Trägerschaft als Ersatzschulen vor deren Genehmigung. Wir achten darauf, dass dies fair und transparent geschieht, denn die Bedingungen für Schulen in freier Trägerschaft müssen mit denen öffentlicher Schulen vergleichbar sein. Die Qualität muss gesichert sein, das ist wichtig für die Schülerinnen und Schüler, vor allem auch hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Weder sie noch die Lehrkräfte dürfen benachteiligt sein. Wir setzen uns für reibungslose und zügige Genehmigungen von freien Schulen ein.

2) Welche durchschnittliche Erfahrungsstufe muss den Personalkosten der Landeszuschüsse für freie Schulträger zugrunde gelegt werden? Wie sichern Sie die finanzielle Deckung der steigenden Kosten für Fortbildung, u.a. der Quereinsteiger, und der sachlichen und investiven Ausgaben?

Wir wollen Sorge dafür tragen, dass die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft gewährleistet und so ausgestaltet ist, dass auch Kinder aus einkommensschwachen Familien diese Schulen besuchen können. Dabei ist es uns wichtig, dass die vom Land bezuschussten Schulen in freier Trägerschaft gemeinnützig sind und keine bzw. wenigstens keine unzumutbaren Gebühren erheben. Wir stehen für Kostenfreiheit der Bildung, denn Bildungserfolg darf nicht von der sozialen Herkunft abhängen.

Gleichzeitig ist uns wichtig, dass freie Schulen nicht benachteiligt werden gegenüber denen in öffentlicher Trägerschaft. Die Landeszuschüsse müssen sich an den durchschnittlichen Arbeitgeberkosten (Personaldurchschnittskosten) für die öffentlichen Schulen orientieren, ebenso alle anderen Kosten, etwa für Fortbildungen etc. Da diese Schwankungen unterliegen, können wir keine Erfahrungsstufe pauschal empfehlen.

3) Sehen Sie einen politischen Vorrang des staatlichen Schulsystems? Und wie sorgen Sie dafür, dass die bewusste Autonomie der freien Schulen nicht unterhöhlt wird?

Uns als LINKE ist es wichtig, dass alternative Schulformen existieren und Eltern die Auswahl zwischen verschiedenen Schwerpunkten und pädagogischen Konzepten entsprechend der Bedürfnisse ihrer Kinder haben. Die Schulen in freier Trägerschaft ergänzen das staatliche Bildungsangebot und sind deshalb selbstverständlich erhaltenswert.

4) Über welche gesetzlichen Grundlagen sichern Sie die Installation und Wartung von moderner digitaler Infrastruktur an den Schulen?

Derzeit werden Regelungen getroffen, wie die Mittel aus dem Digitalpakt Schule verwendet werden sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die freien Schulen bei der Verteilung dieser Mittel anteilmäßig berücksichtigt werden. Darüber hinaus sehen wir keine Notwendigkeit darin, sämtliche Ausgaben an Schulen detailgetreu in Gesetzen zu regeln – nicht zuletzt, weil dies die Autonomie der Schulen beschränken würde. Die digitale Infrastruktur an Schulen ist Bestandteil der Sachkosten, die unter §110 des brandenburgischen Schulgesetzes fallen. Damit ist sie vom Schulträger sicher zu stellen. Da wir uns dessen bewusst sind, dass die Ausgaben für die Digitalisierung die Schulträger im Einzelnen überfordern kann, setzen wir uns für unterstützende und Digitalisierung fördernde Programme ein.

5) Was zeichnet „gute Schule“ in einer inklusiven und von digitalen Werkzeugen umgebenen Zukunft aus? Wünschen Sie sich für diese Herausforderungen mehr oder weniger freie Schulen in Brandenburg und warum?

Eine gute Schule richtet sich unserer Meinung nach den Bedürfnissen der Schüler und Schülerinnen. Sie ist selbstverständlich beitragsfrei und vermittelt gute Bildung für alle: sowohl im fachlichen als auch im persönlichkeitsbildenden Sinn. Wir wollen eine Schule, in der kritische, engagierte, solidarische, mündige Menschen gebildet werden. Wir wollen eine Schule, die neugierig macht auf das Leben und in der sich Kinder entfalten können, ohne Angst davor, vorzeitig wegsortiert zu werden. Deshalb ist es für uns als LINKE wichtig, eine Gemeinschaftsschule von der ersten Klasse bis zum Schulabschluss zu etablieren, in der alle Kinder und Jugendliche zusammen lernen. Wir wollen, dass sie Spaß am Lernen haben. Inklusion und die Förderung des Einzelnen entsprechend seiner individuellen Bedürfnisse, Fähigkeiten und Interessen gehen für uns zusammen.

Schulen in freier Trägerschaft bereichern unsere Bildungslandschaft und deshalb halten wir sie für unterstützenswert. Ob es mehr oder weniger werden sollen, liegt nicht in unserer Entscheidung.